

Präsident Bush: *Absurder Umgangston zwischen Kneipe, Kino und Casino*

JIM YOUNG / REUTERS

Der Alptraum-Präsident

Lange sah es so aus, als würden seine Landsleute George W. Bush alles verzeihen – das Fiasko in Bagdad, Abu Ghureib, den Eingriff in Bürgerrechte. Ein neues Buch könnte das ändern: Bob Woodward schildert den Präsidenten als Lügner in Sachen Irak-Krieg, seine Regierung als Chaostruppe.

Die heiligen Hallen der Vereinten Nationen haben schon viel Spektakuläres gesehen – den sowjetischen KP-Generalsekretär Nikita Chruschtschow etwa, der 1960 zornesrot mit seinem ausgezogenen Schuh aufs Pult einhämmerte. Oder den Palästinenserführer Jassir Arafat, der 1974 mit umgeschnalltem Revolverhalfter kam, als wollte er gleich um sich schießen. Doch so etwas wie jetzt Mitte September hat auch der Diplomaten-Glaspalast am East River noch nicht erlebt. Auftritt Hugo Chávez, Rede vor der Uno-Vollversammlung.

Der Präsident Venezuelas schnüffelte erst einmal am Rednerpult. „Gestern war der Teufel hier“, rief er aus. Dann bekreuzigte er sich, als gälte es, den Leibhaftigen zu exorzieren: „Und es riecht heute noch nach Schwefel.“ Die Erklärung, wen er meinte, lieferte er gleich nach: „Hier sprach der Präsident der Vereinigten Staaten.“

Was für eine Provokation in God’s Own Country, was für eine Unverschämtheit gegenüber George W. Bush, der doch auf die Frage, ob er sich politisch mit seinem Vater berate, einmal sagte: nein, aber mit dem Heiligen Vater; der sich und seine Politik göttlich inspiriert sieht – und auf der anderen Seite das Böse.

Wütend sprach der amerikanische Uno-Botschafter John Bolton anschließend vom „comic strip approach“ des venezolanischen Präsidenten, diese Form der außenpolitischen Auseinandersetzung sei inakzeptabel. Aber Chávez hatte seine Rede offensichtlich gründlich vorbereitet. Er glaubte – wohl zu Recht –, mit seinem Anti-Bush-Ausfall bei den meisten Uno-Vertretern Punkte zu machen. Venezuela ist nicht irgendeine Bananenrepublik, sondern achtgrößter Erdölexporteur der Welt. Der südamerikanische Staat will demnächst (als eines der nichtständigen Mitglieder) in den Sicherheitsrat gewählt werden – die Chancen stehen nicht schlecht.

Auch Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad machte Ende September in New York von sich reden. Bei einem Interview am Rande seines Uno-Auftritts griff der Holocaust-Leugner und mutmaßliche Atombombenbastler zur schärfsten aller diplomatischen Waffen – er äußerte Mitleid mit dem politischen Gegner. „Es



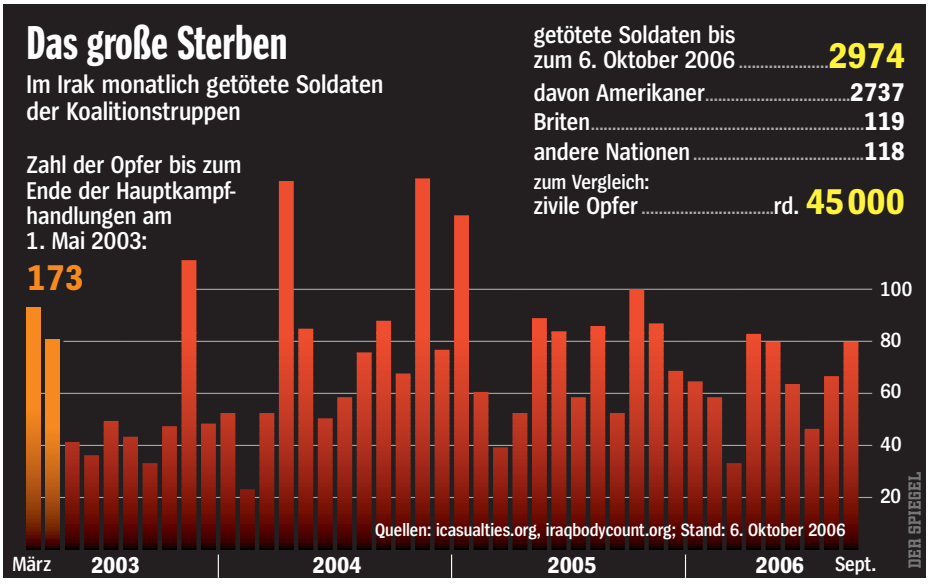
JOSHUA ROBERTS / REUTERS

Trauernde am Grab eines im Irak gefallenen Soldaten (in Arlington): *Schönfärberei und Durchhalteparolen*

macht uns wirklich keine Freude zu sehen, wie die Wut auf den amerikanischen Präsidenten Tag für Tag auf der ganzen Welt wächst. Ich meine es aufrichtig, wenn ich für den US-Präsidenten hoffe, dass er sein Benehmen und seine Haltung ändert."

Das Bush-Bashing des Duo Infernale könnte Washingtons Präsident vermutlich leicht wegstecken, achselzuckend und verärgert. Aber da sind noch andere Politiker, wichtige Mitstreiter im „Krieg gegen den Terror", die den US-Präsidenten kritisieren. Allen voran Pervez Musharraf, Staatschef von Pakistan, dem Land, in dem sich mit einiger Sicherheit die wichtigsten Qaida-Terroristen aufhalten.

Musharraf, in der Heimat wegen seiner Nähe zum Weißen Haus bisweilen hass-



erfüllt „Busharraf" genannt, beklagte in diesen Tagen öffentlich erpresserische Methoden Washingtons. Als ihn der Moderator Jon Stewart in seiner Fernsehshow live fragte: „Wenn heute Wahlen wären, wer hätte denn in Pakistan bessere Chancen als Präsident gewählt zu werden, Osama Bin Laden oder George W.?" – da verbat sich der Militärherrscher nicht etwa in Bushs Namen den ungeheuerlichen Vergleich, sondern sagte nur kühl: „Sie würden beide kläglich scheitern."

In Europa erreicht das Ansehen des amerikanischen Präsidenten ständig neue Tiefststände. Seine früheren Partner José María Aznar in Spanien und Silvio Berlusconi in Italien sind abgewählt, Bush-Intimus Tony Blair erlebt nicht zuletzt wegen seiner Bush-Nähe das Ende seiner Amtszeit in Agonie, als „lahme Ente".

Wenn sich beweisen lassen sollte, dass sich die „neuen Europäer" Polen und Rumänien von der amerikanischen Regierung zur Einrichtung geheimer CIA-Lager haben überreden lassen, drohen Sanktionen der EU-Kommission. Für die „alten Europäer" kann eine Umarmung, ja schon ein besonders herzlicher Händedruck Bushs Probleme einbringen, wie gerade der französische Innenminister und konservative Präsidentschaftsbewerber Nicolas Sar-



KEVIN LAMARQUE / REUTERS

Crew des Flugzeugträgers „Abraham Lincoln“

8. Februar 2003

„Der Irak hat al-Qaida im Umgang mit biologischen und chemischen Waffen trainiert.“

Präsident George W. Bush

kozy erfährt: Er wird vom sozialistischen Gegner als „der künftige Pudel von Bush“ (so Ex-Premier Laurent Fabius) verhöhnt.

In Afghanistan verschlechtert sich die Sicherheitssituation fast stündlich, die Taliban haben Teile des Landes zurückerobert und greifen Nato-Truppen inzwischen auch am helllichten Tag an. Nordkorea hat alle diplomatischen Gespräche abgebrochen und kündigt einen Atomwaffentest an. Ein selbstbewusstes China stellt sich gegenüber Washingtons Wünschen weitgehend taub. Russland sieht sich als neue Weltmacht. Im Nahen Osten gilt die US-Regierung wegen ihrer bedingungslosen Israel-Unterstützung längst nicht mehr als ehrlicher Makler – und Iran als Profiteur der amerikanischen Militärabenteuer. Der Irak-Krieg hat selbst nach Einschätzung der amerikanischen Geheimdienste ein „neues Trainingszentrum für Terroristen“ geschaffen.

Die Welt im Jahr sechs der Regierung George W. Bush ist ein weitaus gefährlicherer Platz als zu Beginn seiner Amtszeit – beileibe nicht nur durch die Handlungen des US-Präsidenten, aber eben auch durch sie. Viele im Westen haben bereits den Stab über seine Präsidentschaft gebrochen. Nicht so die Amerikaner.

George W. Bushs Landsleute, die ihm vor zwei Jahren ja noch zu einer eindrucksvollen Wiederwahl verholfen haben, sind gespalten. Viele beklagen die einseitigen Steuererleichterungen für die Superreichen, das klägliche Krisenmanagement nach dem Hurrikan in New Orleans, die willkürlichen Telefonüberwachungen und andere Einschränkungen von Bürgerrechten. Der Krieg im Irak ist inzwischen landesweit sehr unpopulär, über die Hälfte der Amerikaner sehen ihn als Fehler, zwischenzeitlich fielen die Zustimmungsraten des Präsidenten auf wenig mehr als 30 Prozent.

Sie haben sich wieder leicht erholt. Denn Bush hat den fünften Jahrestag von 9/11 dazu genutzt, in zahlreichen Reden immer wieder dieselbe Botschaft in die Köpfe zu hämmern: dass es seit jenem schrecklichen Tag im Jahr 2001 keine Terroranschläge mehr in den USA gegeben habe; dass man „Terroristen in Bagdad bekämpfen muss, damit sie nicht nach Baltimore kommen“. Unterschwellig wird die längst widerlegte Mär von der Zusammenarbeit Saddam Husseins mit al-Qaida am Leben gehalten.

So schwer verständlich das auch für den Rest der Welt sein mag: Fast genau die Hälfte der Nation gibt Bush gute Noten bei seinem „Krieg gegen den Terror“; 48 Prozent der Wählerschaft neigten nach einer „USA Today“-/Gallup-Umfrage Mitte September den Republikanern zu, ebenso viele wollten bei den wichtigen Zwischenwahlen am 7. November den Demokraten ihre Stimme geben.

Wird Amerika seinem Präsidenten einen entscheidenden Denkzettel verpassen, die Mehrheitsverhältnisse in beiden Häusern des Parlaments ändern und der Opposition einen Erdrutschsieg bescheren? Wird es Bush trotz all seiner Fehler noch einmal mit einem blauen Auge davonkommen lassen, ihm die Chance geben, weitere zwei Jahre mit der Rückendeckung der Wähler sein politisches Vermächtnis zu bestimmen?

Amerika am Scheideweg: Es gibt Situationen im politischen Leben einer Nation, da ahnen die erfahrenen Beobachter, dass etwas Entscheidendes in der Luft liegt. Dass etwas kommt, was die Waage entscheidend aus dem Gleichgewicht bringen

kann; dass eine entscheidende Geschichte die Schlagzeilen erobert – etwas, das Bush brechen oder stärken kann.

Wie häufig im Zentrum eines aufkommenden Wirbelsturms ist es bis vor wenigen Tagen ruhig in Washington gewesen, auffallend ruhig.

Dann brach der Tornado los: Ein sensationelles Buch kam auf den Markt. Und seitdem spricht ganz Washington über kaum etwas anderes mehr, hagelt es begeistertes Lob und wütende Dementis. Wispert es vom Kapitol bis zum Potomac: Hast du Seite 49 gelesen, das über Condi Rice, und ist nicht unglaublich, was da auf Seite 475 über Rumsfeld steht, und dann diese unfassbaren Storys über Bush, Bush und nochmals Bush? Eine Enthüllung, eine Nachricht nach der anderen. Und schon läuft die Erklärungs-, Entschuldigungs- und Verleumdungsmaschinerie der Genannten auf vollen Touren.

Es ist nicht irgendein Autor, der da geschrieben hat. Bob Woodward, 63, ist vermutlich der berühmteste Reporter der Welt, der Chronist Washingtons und der amerikanischen Politik. Gemeinsam mit seinem Freund Carl Bernstein hat er Richard Nixon in der Watergate-Affäre 1974 zum Rücktritt gezwungen. Er ist Pulitzer-Preisträger, der im Oscar-gekrönten Film „Die Unbestechlichen“ von Robert Redford dargestellt wurde. Bestseller-Autor, dessen Bücher bei ihrem Erscheinen regelmäßig das Ereignis der Saison sind – aber mehr noch: ein Seismograf, der nicht wertet, nicht analysiert, aber jede Bewegung und erst recht jedes politische Beben exakt erkennt und wiedergibt.

Dabei ist der Starreporter der „Washington Post“ alles andere als unumstritten: Seine ersten beiden Bücher über den Präsidenten brachten ihm vor allem bei den Demokraten heftige Kritik ein, er wurde beschimpft als Hof-Stenograf Bushs. Woodward hatte besten Zugang zum Weißen Haus und schilderte George W. in der Tat mit auffallender Sympathie. Als kumpelhaften, hemdsärmeligen, entschlossenen Typ.

Doch das hat sich geändert: Für sein neues Werk „State of Denial“ (etwa: „Das Leugnen der Wirklichkeit“), Startauflage über 800 000 Exemplare, hat der Autor nicht mit dem Präsidenten geredet, sondern über ihn und die wichtigsten Mitglieder seiner Regierungsmannschaft*. Offensichtlich standen dem Starreporter alle Türen offen, manche Zeugen bestanden allerdings auf Anonymität. Was der Chronist der Weltmacht da protokollierte, war selbst für ihn, wie er im SPIEGEL-Interview sagt, „schockierend“ (siehe Seite 134).

Das Ergebnis der Recherche ist für Bush, Rumsfeld, Rice & Co. eine Katastrophe: „State of Denial“, vom amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ jetzt in einer Titelgeschichte vorgestellt und in Auszügen ins Internet gestellt, zeigt ein zerstrittenes, unentschlossenes, von Lügen und Intrigen bestimmtes Weißes Haus. Einen bis zur Fahrlässigkeit uninteressierten Präsidenten, der sich von schlechten Nachrichten über den Irak-Krieg nicht stören lassen will und einen absurden Umgangston zwischen Kneipe, Kino und Casino pflegt. Einen Verteidigungsminister, der tyrannisch noch so berechtigte Einwände wegwischt und es in seiner Arroganz nicht einmal für nötig befindet, Condoleezza Rice zurückzurufen.

Und die Dame selbst kommt auch kaum besser weg. Im vielleicht aufregendsten Kapitel berichtet Woodward von einem bisher unbekannten Treffen, das Terrorabwehrchef Cofer Black an der Seite des CIA-Direktors George Tenet bei Rice im Weißen Haus hatte.

In diesem von den Geheimdienstlern dringend eingeforderten Meeting am 10. Juli 2001 haben die beiden nach eigenen Aussagen ausdrücklich vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff von al-Qaida-Terroristen gewarnt, womöglich in den USA selbst. „Wir taten alles, außer die Pistole abzufeuern, die wir auf ihren Kopf richteten“, zitiert Woodward den Kronzeugen Black. CIA-Chef Tenet wollte „Rice schütteln“, aber sie „fegte die War-

* Bob Woodward: „State of Denial“. Simon & Schuster, New York; 560 Seiten; 30 Dollar.





CHAO SOI CHEONG / AP (L.); REUTERS (R.)

Terroranschlag in New York am 11. September 2001, Terrorchef Bin Laden: *Warnungen einfach beiseitegefegt*

„Das Verdrängen hat Methode“

Der amerikanische Journalist Bob Woodward, 63, über Präsident Bush und das Echo auf sein Buch „State of Denial“

SPIEGEL: Mr Woodward, wie lange haben Sie für Ihr neues Buch „State of Denial“ recherchiert?

Woodward: Zweieinhalb Jahre lang. Ich habe Hunderte Interviews mit Leuten auf allen Regierungsebenen geführt, im Weißen Haus, im Pentagon, im Außenministerium und in den Geheimdiensten. Viele habe ich mehrmals gesprochen, entscheidende Zeugen waren nur zu Hintergrundgesprächen bereit. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld dagegen willigte ein, dass ich ihn zitiere. Und der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses, Andrew Card, hat ja selbst gesagt, dass ich ihn ausführlich befragt habe.

SPIEGEL: Das Bild, das Sie von George W. Bush zeichnen, ist viel weniger schmeichelhaft als in Ihren vorherigen Büchern.

Woodward: Das ist nicht richtig, schon in meinen beiden vorangegangenen Büchern habe ich Szenen beschrieben, in denen der Präsident keine Zweifel und auch keine abweichende Meinung hören wollte. Aber „Bush at War“ und „Plan of Attack“ beschreiben völlig andere Umstände. Sogar John Kerry, der demokratische Herausforderer bei der Wahl 2004, hat zugegeben, dass der Präsident nach den Anschlägen am 11. September 2001 einen guten Job gemacht hat.

SPIEGEL: Der Unterschied im Ton fällt in diesem dritten Buch über Bush schon sehr auf.

Woodward: Es geht in den drei Büchern um verschiedene Dinge, auch wenn sie natürlich miteinander verbunden sind. Im ersten Buch geht es um die Entscheidungen nach dem 11. September, das zweite beschreibt den Weg in den Irak-Krieg, „State of Denial“ dreht sich um die dreieinhalb Jahre seit der Invasion. Ich versuche, so genau wie möglich wiederzugeben, was innerhalb dieser Regierung vor sich gegangen ist.



ELISE AMENDOLA / AP

Autor Woodward
„Ein rundes Bild zeichnen“



WIN MCNAMEE / REUTERS

Berater Card, Präsident Bush*
„Tragische Entscheidungen“

SPIEGEL: „State of Denial“ – dem Sinn nach „Das Leugnen der Wirklichkeit“ – ist der Titel Ihres Buches – ein starker Vorwurf. Weigert sich der Präsident, die Wirklichkeit zu sehen?

Woodward: Ja, das ist ein starker Titel, sowohl der Verlag als auch meine Chefredakteure bei der „Washington Post“ waren deshalb besorgt. Aber dann haben sie das Buch gelesen und gesagt: Es bringt den Beweis.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: General Jay Garner war der erste Zivilverwalter im Irak nach dem Krieg. Schon im Juni 2003 wies er Verteidigungsminister Rumsfeld auf drei tragische Entscheidungen hin, die nach seiner Meinung damals noch korrigierbar gewesen wären: die Auflösung der Armee; das Ignorieren der irakischen Führungsschicht; das weitgehende Verbot für ehemalige Mitglieder der Baath-Partei, beim Aufbau des Landes mitzumachen. Rumsfeld hat davon nichts hören wollen. Es ist, wie es ist, hat er zu Garner gesagt. Vor ein paar Monaten habe ich den Verteidigungsminister gefragt, er hat Garner in den höchsten Tönen gelobt, wollte sich an die Warnung aber nur noch vage erinnern.

SPIEGEL: Rumsfeld und die anderen verschleiern also die Wahrheit?

Woodward: Sie verdrängen die Realität, das hat Methode. Die Berichte der Geheimdienste sagen für 2007 einen Anstieg der Gewalt im Irak voraus – und der Präsident verkündet, die Terroristen seien auf dem Rückzug; das ist das Gegenteil. Wer das Buch liest, findet viele solcher Beispiele. Schon Ende 2003 sprechen die Geheimdienste von einem Aufstand im Irak; sie benutzen dafür die vom Pentagon vorgegebenen Kriterien. Rumsfeld und der Präsident bügeln sie jedoch ab. Bush hat Sorge, dass diese Analyse ihren Weg in die „New York Times“ finden könnte.

SPIEGEL: Ihre Kritiker sagen, das alles hätten Sie schon früher wissen und aufschreiben können.

Woodward: Nein. Für ein solches Buch sammeln Sie Informationen, dann wollen Sie Antworten. Erst am Ende des vergangenen Jahres habe ich die Geschichten von Jay Garner erfahren, nachdem er sich entschieden hatte, kein eigenes Buch zu schreiben. Dann wollte ich hören, was Rumsfeld dazu zu sagen hat; das Interview hat erst im Juli stattgefunden. Ich will immer ein rundes Bild zeichnen.

SPIEGEL: Für Ihre früheren Bücher bekamen Sie mühelos Zugang zum Präsidenten. Wie war es diesmal?

Woodward: Sie haben den Wunsch nach Interviews abgelehnt. Mir lagen Informationen über die Widersprüche zwischen den Geheimberichten, dem Verhalten hinter den Kulissen und den öffentlichen Erklärungen vor.

SPIEGEL: Das Weiße Haus machte dicht?

Woodward: Ja. Ich gab ihnen Notizen über geheime Sitzungen und stellte die Frage: Stimmt das? Wollen Sie etwas hinzufügen? Sie haben sich einfach nicht gerührt.

SPIEGEL: Das muss Ihnen vertraut vorkommen: Regierungen leugnen, man kann ihnen nicht vollständig vertrauen.

Woodward: Hier geht es nicht um irgendeinen kleinen Skandal, wir reden über einen Krieg mit 147 000 amerikanischen Soldaten im Einsatz. Ich war überrascht und schockiert über das grelle und gravierende Missverhältnis zwischen Wissen und öffentlichen Aussagen.

SPIEGEL: Es gibt Stellen in Ihrem Buch, in denen Sie persönlich werden. Sie sind zum Beispiel ärgerlich und sprachlos, als Rumsfeld im Interview die Lage im Irak mit Obst in einer Fruchtschale vergleicht.

* Am 11. September 2001, Card informiert den Präsidenten über die Terrorangriffe in New York.



NICHOLAS KAMM / AFP

Ehepaar Bush: *„Besitzt er noch moralische Autorität?“*

Woodward: Ich war verwundert, weil er sagte, die Angriffe der Aufständischen seien so unterschiedlich wie Äpfel, Bananen und Orangen. Das sind Angriffe, bei denen Tausende unserer Soldaten starben. Ich habe zur Zeit des Vietnam-Kriegs in der Navy gedient. In solchen Augenblicken war ich der Reporter, der sich an seine eigenen Erfahrungen erinnert, und ich lasse die Leser daran teilhaben. Wenn ich über Wirklichkeitsverweigerung schreibe, kann ich nicht meine persönlichen Gefühle in der Wirklichkeit verdrängen und zurückhalten. Aber ich mache an den entsprechenden Stellen klar, dass ich die Rolle des Reporters verlasse und eigene Empfindungen beschreibe.

SPIEGEL: Lässt sich die Lage im Irak heute mit Vietnam vergleichen?

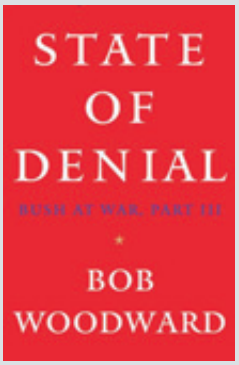
Woodward: Es gibt eine Menge alarmierender Ähnlichkeiten. Warten wir es ab, in meinem Buch stelle ich keine Prognosen für die Zukunft an. Wahrscheinlich bin ich optimistischer als die meisten anderen Leute. Ich hoffe sehr, dass wir die Situation wieder in den Griff bekommen.

SPIEGEL: Was kann und muss Präsident Bush denn tun?

Woodward: Ich weiß es nicht, darüber müssen andere diskutieren.

SPIEGEL: Sie haben es früher für möglich gehalten, dass aus George W. Bush ein großer Präsident werden könnte. Und heute?

Woodward: Momentan sieht es nicht so aus, aber ich kann es nicht vorhersagen. Bei unserem letzten Interview für „Plan of Attack“ habe ich Bush gefragt, wie denn die Geschichte nach seiner Einschätzung über ihn urteilen werde. Er sagte: Das wissen wir nicht, dann sind wir alle tot.



SPIEGEL: Können die Amerikaner diesem Präsidenten noch trauen?

Woodward: Das müssen sie schon selbst wissen. Aber viel wichtiger ist eine Frage, die ich Ihnen nicht beantworten werde: Besitzt er noch moralische Autorität?

Interview: Georg Mascolo

nungen einfach beiseite“. Eine explosive Enthüllung: Von diesem Treffen im Weißen Haus zwei Monate vor den Terrorattacken auf die Twin Towers und das Pentagon steht nichts im parlamentarischen Abschlussbericht zu Nine-Eleven.

Rice leugnete zunächst, dass es das Treffen überhaupt gegeben habe, es sei „nicht vorstellbar“, dass sie dringende Terrorwarnungen in den Wind geschlagen habe. Mitte vergangener Woche musste sie zumindest in einem Punkt klein beigeben: Aufzeichnungen im Weißen Haus beweisen ein Treffen zwischen Tenet, Black und ihr.

Bush schickte seinen Sprecher Tony Snow vor, um Woodward in Einzelheiten zu dementieren und sein Gesamtbild zu demontieren. Die meisten Geschichten im Buch seien doch alt, beim Rest handele es sich um „Zuckerwatte“ – Auflösung bei der ersten Berührung. Aller Voraussicht nach ein weiterer Irrtum „Made in the White House“. Denn was der Starreporter da auf 560 Seiten, manchmal fast beiläufig, über Bush, den Irak-Krieg und die Inkompetenz der ziel- und sinnlos umherirrenden US-Regierung erzählt, könnte die amerikanische Öffentlichkeit sehr wohl so empören, dass sie die regierenden Republikaner für Jahre in die Opposition schickt.

Der Leser erfährt bei Woodward, dass es Bush selbst war, der das höchst umstrittene Programm zur Auslagerung von Verhören Terrorverdächtiger erfunden hat – und zwar schon zwei Tage nach Nine-Eleven. Bei einem Gespräch mit dem saudi-arabischen Botschafter Prinz Bandar bot er diesem an, auf amerikanischem Boden gefasste Terroristen in die Foltergefängnisse von Riad „weiterzugeben“, wenn sie in den USA nicht zum Sprechen zu bewegen seien.

Und schon am 21. November, keine drei Monate nach den Twin Towers, fiel eine erste Entscheidung über den Krieg gegen den Irak – die Gelegenheit, sich eines Diktators im Nahen Osten zu entledigen, war günstig. Verzweifelt begann man nach den „Massenvernichtungswaffen“ zu suchen.

Man müsse die Kriegsplanungen geheim halten, sagte der Präsident zum Pentagon-Chef. Rumsfeld sah da keine Probleme. Für ihn war der Irak primär ein Schachbrett mit Figuren, die ihn nicht berührten; ein Exerzierplatz, um seine Ideen über neue Militärtechniken auszuprobieren. Für den Wiederaufbau des Landes nach der Eroberung wollte Rumsfeld keinen Cent amerikanischer Steuergelder ausgeben: „Die Iraker müssen das von ihrem Geld machen.“

Niemand in der amerikanischen Regierung schien sich große Sorgen zu machen, was nach der Invasion passieren könnte. Immerhin entstand im Januar 2003 ein „Iraq Postwar Planning Office“, zu dessen Chef Rumsfeld den pensionierten Drei-



J. SCOTT APPLEWHITE / AP

24. März 2002

„Dieser Mann ist sehr böse. Und er ist in diesem Moment dabei, sich Atomwaffen zu besorgen."

Vizepräsident Richard Cheney über Saddam



DAVID FURST / AP

Saddam vor Gericht

Sterne-General Jay Garner machte. Der durfte einmal auch vor Präsident Bush vortragen, wo er von dem viel zu kleinen Team und den kommenden großen Aufgaben sprach. Es interessierte keinen. „Wo sind Sie eigentlich her?", fragte der Präsident am Schluss – seine einzige Frage. Dann unterhielt man sich über den Florida-Akzent. „Kick ass, Jay – Trete denen da unten in den Arsch", sagte Bush ermunternd beim Abschied.

Garner ging nach der Invasion im April nach Bagdad, wurde aber bald abgelöst – von Paul Bremer, einem Protegé von Henry Kissinger. Der Ex-Außenminister und Vietnamkriegs-Organisator Kissinger wurde laut Woodward zu einem zentralen Ratgeber der Bush-Regierung und hielt sich in regelmäßigen Abständen zu Konsultationen im Weißen Haus auf. Ohne einen klaren „Sieg", so sein von Bush gern übernommenes Credo, dürfe Amerika nie mehr ein Schlachtfeld verlassen.

Garner blieb noch einige Wochen an der Seite von Bremer in Bagdad. Aber die beiden verstanden sich nicht. Nach seiner Rückkehr beklagte Garner bei Rumsfeld „drei tragische Entscheidungen" Amerikas, die den Irak zurückwerfen müssten. „Wirklich?", fragte Rumsfeld desinteressiert. Der Ex-General zählte auf: die Zerschlagung der irakischen Armee, die Hunderttausende Bewaffnete und Joblose auf die Straßen von Bagdad geworfen hätte; die unterschiedslose Entlassung der Führungsschicht; die Entfernung von 50 000 Staatsbeamten aus ihren Jobs, nur weil sie Mitglied in Saddam Husseins Baath-Partei gewesen waren. Garner sagte, diese Entscheidungen könne man – müsse man – rückgängig machen. „Ach was, es ist, wie es ist", entgegnete der Verteidigungsminister unwirsch.

Beim anschließenden Treffen mit Bush im Weißen Haus getraute sich Garner seine Kritikpunkte gar nicht mehr vorzubringen. Die Atmosphäre, empfand er, glich der an einem Königshof, wo nur gute Nachrichten gefragt waren und sich alle prächtig amüsieren wollten.

Garner erzählte Woodward, Bush habe ihm beim Hinausgehen nach dem nichtssagenden, fröhlichen Beisammensein einen Klaps auf den Rücken gegeben und gefragt: „Hey Jay, willst du als Nächstes Iran rannehmen?", worauf Garner entgegnete, er und seine Jungs hätten sich abgesprochen: „Wir wollen lieber warten, bis Kuba so weit ist. Der Rum und die Zigarren da sind besser – und die Frauen hübscher." Bush soll gelacht haben. „In Ordnung, ihr macht dann Kuba."

Auch als klar wurde, dass die Amerikaner den Kampf um die Herzen und Köpfe des Irak zu verlieren begannen, ging es im Weißen Haus fast nur um den Kampf der Egos, intrigierte jeder gegen jeden. Von einer „dysfunktionalen US-Regierung" sprach Rice. Und bald wurde der blutige Widerstand, der Krieg gegen die Besatzung zu einer Zeit des Vertuschens und

Verschleppt, gefoltert, ermordet

Leben in der Roten Zone:
Der religiös-ethnische Terror im Irak macht jeden Fortschritt zunichte.

Es sind 15 Checkpoints von Kerbela bis Bagdad, und dass die Fahrt durch den Todesstreifen zwischen Euphrat und Tigris manchmal auch ohne Zwischenfall verläuft, ist einer späten Einsicht der Amerikaner zu verdanken: An allen 15 Checkpoints stehen Soldaten der irakischen Armee. Viele von ihnen haben unter Saddam Hussein gedient, und dafür mussten sie büßen: Erst hat man sie entlassen und, vom Hauptmann aufwärts, vom Armeedienst suspendiert. Jetzt dürfen sie wieder zurückkommen – und sind die einzige Truppe im Land, der überhaupt noch jemand traut.

Hussam Ali, 31, hat gewartet, bis die Schmerzen nicht mehr auszuhalten waren, dann nahm er ein Taxi, um sich in Bagdad eine Geschwulst an seiner Hand entfernen zu lassen. In Kerbela gibt es keine Klinik mehr, die solche Operationen ausführt.

Kurz vor Dura, der vom Krieg der Konfessionen zerrissenen Südstadt von Bagdad, sah er den ersten Kontrollpunkt, den nicht die Armee, sondern die Polizei bewachte. Der Fahrer wich in einem weiten Bogen Richtung Westen aus. „Vor der Polizei haben wir alle Angst, Sunniten wie Schiiten“, sagt Ali. „Man kann nie sicher sein, auf welcher Seite diese Leute stehen.“

Vergangene Woche stellte der Innenminister eine ganze Polizeibrigade, etwa 700 Mann, außer Dienst. Der Vorwurf: Komplizenschaft mit einer schiitischen Todesschwadron. Die Einheit hatte untätig zugesehen, wie im Westen Bagdads Bewaffnete eine Gefrierfleischfabrik stürmten, 2 Arbeiter erschossen und 24 weitere entführten. 7 Leichen fand man kurz darauf am Straßenrand.

Im Kindi-Krankenhaus, einer der größten Kliniken der Hauptstadt, sah sich ein Arzt Hussam Alis geschwollenes Handgelenk an. Die Operation sei unumgänglich, sagte er, doch habe er auf absehbare Zeit kein Betäubungsmittel dafür. Ali fuhr zurück nach Kerbela, mit nichts als Aspirin gegen die Schmerzen. Er wird die Reise noch einmal machen müssen, und er hofft, dass auch dann die Veteranen der alten Saddam-Armee den Highway sichern. „Selbst wir Schiiten sind froh, wenn wir die Gesichter dieser Soldaten sehen.“

Der Irak, den US-Außenministerin Condoleezza Rice vorige Woche besuchte, ist genau in dem Zustand, vor dem die Kritiker der Invasion die Bush-Regierung vergebens gewarnt hatten: Was immer erreicht wurde – das Ende der Diktatur, der Beginn der Demokratie, die Öffnung der Wirtschaft, die gestiegenen Gehälter –, wird zunichte gemacht vom ethnisch-religiösen Terror. Milizen, schiitische wie sunnitische, dazu Terroristen und bewaffnete Banden diktieren das Geschehen. Ein Bürgerkrieg mit separatistischen Tendenzen.

Die Regierung und ihre amerikanische Schutzmacht rennen hinterher. Eine gute halbe Stunde lang kreiste Rices Maschine am Donnerstag über Bagdad, bevor sie Landeerlaubnis erhielt. In der Nähe des Flughafens wurde aus Mörsern gefeuert.



JIM YOUNG / REUTERS

Premier Maliki
Noch zwei Monate, die Lage zu wenden

Rice traf sich zum Iftar, dem traditionellen Fastenbrechen, mit Premierminister Nuri al-Maliki und lobte nachher seine Verdienste: „Ich glaube, er ist ein sehr guter und starker Ministerpräsident.“ Doch das war Diplomatie im Ton der Grünen Zone, dem abgeschirmten Regierungsviertel im Zentrum von Bagdad. Jenseits der Mauern, in der Roten Zone von Kirkuk bis Basra, ist von der Stärke des Premiers und seiner Regierung nicht viel zu sehen. Maliki habe noch „zwei Monate“, die Lage zu wenden, hatte der US-Botschafter Zalmay Khalilzad Anfang der Woche gewarnt.

Nicht die spektakulären Selbstmordanschläge vor Moscheen und Rekrutierungszentren der Polizei, die in den ersten beiden Kriegsjahren nicht selten mehr als hundert Opfer gefordert haben, dominieren heute die Sicherheitslage im Irak. Die Ziele sind jetzt Minibusse, bestimmte Straßenkreuzungen, zum Teil nur einzelne Personen, die gezielt verschleppt, gefoltert und ermordet werden. Die Opferzahlen sind noch höher, die Methoden noch grausamer. 51 Menschen starben am vergangenen Dienstag, 35 Leichen fand man am Donnerstag, verstümmelt und unter einer Autobahnbrücke deponiert.



Bombenanschlag in Mossul: *Der Hass wächst*

Eine neue Dimension schien vorige Woche erreicht, als ein Leibwächter des sunnitischen Politikers Adnan al-Duleimi festgenommen wurde, der – so die US-Armee – auch Anschläge innerhalb der Grünen Zone geplant haben soll. „Die Sicherheitslage ist nicht mehr hinnehmbar“, sagte Rice. „Man wird ihrer nicht Herr, wenn man nichts tut.“

Maliki ist nicht wirklich untätig. Schon seine dritte Anti-Terror-Offensive in nur drei Monaten hat er gerade angekündigt: Lokale, dezentrale Komitees sollen nun die diversen Sicherheitsverbände steuern. Infiltrieren schiitische Milizen eine Nachbarschaft, so sollen die Sunniten im Komitee Alarm schlagen; kippt ein Viertel zugunsten der Sunniten, sollen die Schiiten das Korrektiv sein.

So weit die Theorie der neuen Offensive, die durchaus einleuchtet. Aber wird sie etwas bewirken? Der Terror – der sunnitische wie der schiitische – ist taktisch immer einen Schritt voraus. Manche Viertel sind oft nur zeitweise sicher, weil die Killer sich neu gruppieren und an anderen neuralgischen Punkten zuschlagen, bevor sie wieder an den alten Schauplatz zurückkehren.

Der Hass, den sie dabei schüren, wächst ständig, das Leid, das sie erzeugen, ist grenzenlos und hat fast das ganze Land erfasst.

Wirklich sicher ist im Irak nur der kurdische Norden, der sich seit der Zuspitzung in Bagdad immer weiter in die Unabhängigkeit verabschiedet. Anfang September hat der Kurden-Präsident Massud Barsani in einen Ukas gefasst, was schon seit Jahren Praxis ist: In Irakisch-Kurdistan darf keine irakische Fahne mehr gehisst werden, nur das kurdische Rot-Weiß-Grün mit der goldenen Sonne in der Mitte.



STEFAN ZAKLIN / DPA

ständig, und das Leid ist grenzenlos

Es sei schon merkwürdig, dass er sich mit keinem seiner Patienten auf Arabisch verständigen könne, sagt der Kinderchirurg Raid Hamud Afajit, 27. Die relative Sicherheit und das bessere Einkommen haben ihn aus Nassirija in den Norden nach Suleimanija gelockt. Dort verdient er deutlich mehr als Ärzte in Bagdad – sogar mehr als ein Bürobote in einem der vielen vom Nepotismus regierten Ministerien des Irak.

Zum Ende des Fastenmonats Ramadan will er, wie die meisten Iraker, seine Eltern besuchen. Es wird ein Festmahl geben, das aus Gemüse, Reis und Obst besteht: Nicht nur, dass die Preise für Lebensmittel seit 2003 um das bis zu Fünffache gestiegen sind – in vielen Städten gibt es kaum mehr Fleisch zu kaufen, weil es an Strom für Kühlanlagen fehlt. Basra hatte in der vergangenen Woche sieben Stunden Strom pro Tag, Kerbela fünf, Bagdad zweieinhalb.

Der pensionierte Richter Said Chalaf ist 85 Jahre alt, hat sein Haus im Amirija-Viertel von Bagdad in den vergangenen drei Jahren nur einmal verlassen, Ende August, für eine Augenoperation. Sie war erfolglos, und der alte Mann, beinah blind, sitzt nun Tag und Nacht am Fenster und hört sich an, was in der Straße vorgeht. Kurz nachdem er aus dem Krankenhaus zurückkam, rückte die US-Armee in sein umkämpftes Viertel ein. Für zwei Wochen kehrte Stille ein.

Ein paar Tage vor Beginn des Ramadan zogen die Amerikaner ab, die irakische Polizei übernahm das Viertel, und der Lärm der Schießereien begann erneut. Es dauerte zwei Tage, dann wurde Raad al-Isawi ermordet, der Bezirksbürgermeister, und kurz darauf traf es Bakr Hamud, den Direktor der Realschule von Amirija.

„Diese Regierung, diese ganze neue Ordnung schmeckt wie Gergeri, wie diese Süßigkeit aus meiner Kindheit“, sagt der alte Richter: „Man beißt hinein, und alles bricht entzwei.“

BERNHARD ZAND

Lügens im Weißen Haus. Ein nervöser Präsident Bush verordnete im November 2003: „Ich will nicht in der ‚New York Times‘ lesen, dass wir uns einem Aufstand gegenübersehen. Und ich will auch nicht, dass irgendjemand im Kabinett von Aufstand spricht.“

Konsequent wurde die hässliche Wirklichkeit ausgeblendet. Als ein CIA-Angestellter im Weißen Haus auf den sich immer schneller und schlimmer ausbreitenden Terrorismus aufmerksam machte, quittierte Bush das so: „Sind Sie Bagdad-Bob?“ Dass der Präsident mit der Formulierung auf den Propagandachef Saddams Bezug nahm, war unüberhörbar – eine erstaunliche und völlig unangemessene Beleidigung für den Überbringer der schlechten Nachrichten.

Der Geheimdienst aber ließ sich nicht von weiteren Warnungen abbringen; auch nicht nach der euphorisch gefeierten Wiederwahl der Bush-Regierung. Rice war im Februar 2005 kaum zwei Wochen in ihrem neuen Amt als Außenministerin, da erhielt sie ein CIA-Memorandum SECRET / NODIS („Geheim – nicht weitergeben“). „Zu diesem Zeitpunkt bleibt der Irak ein ‚Staat in Auflösung‘, von ständiger Gewalt überschattet, einem revolutionären politischen Wandel unterzogen.“ Ein gescheiterter Staat – nach zwei Jahren Krieg, Tausenden Opfern und Milliarden-Dollar-Ausgaben.

Bush aber verstärkte die Panzerhaut um sich herum, vergrub sich immer tiefer in seinen Bunker, verstrickte sich immer mehr in Inkompetenz und Lügen.

Viele redeten ihm nach dem Mund. Aber es gab auch Anständige unter seinen Parteifreunden. Senator Chuck Hagel war so einer. Er musste sich zu einem Dinner mit Bushs Anwesenheit selbst einladen und ihn heimlich zur Seite ziehen. „Sie leben, was den Irak betrifft, im Weißen Haus wie in einer Blase. Mister President, lassen Sie Leute an sich heran, die anderer Meinung sind als Sie, holen Sie sich Rat!“ Der Präsident verwies ihn laut Woodward an seinen Sicherheitsberater Stephen Hadley. Der spreche mit allen möglichen Leuten.

Hadley soll laut Woodward einmal gesagt haben, der Irak sei wie ein missbrauchtes Kind und die USA sollten wie sein Aufseher agieren. Rumsfeld ging auf das Bild ein und meinte zynisch, den Irakern sollte eine Chance gegeben werden, zu scheitern und auf die Schnauze zu fallen, nur so würden sie zu sich finden. Es sei wie bei einem kleinen Jungen, dem man das Radfahren beibringe, man müsse die Stützräder wegnehmen.

Rice stand inhaltlich irgendwo zwischen Hadley und Rumsfeld: „Lasst sie selbst in die Pedale treten, aber wir achten besser darauf, sie im Notfall aufzufangen.“ Dem



CHARLES DHARAPAK / AP (L.); REUTERS (R.)



Militante Islamisten

25. September 2002

„Wir wissen sehr genau, dass es schon lange Kontakte zwischen hochrangigen irakischen Offiziellen und al-Qaida-Mitgliedern gibt.“

Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice



JOE RAEDLE / AFP

29. Januar 2003

„Das Regime hat den Plan für Atomwaffen, es hat versucht, Uran anzureichern, und ist jetzt dabei aufgefallen, als es in Afrika Uran beschaffen wollte.“

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld



FALEH KHEIBER / REUTERS

Phosphatfabrik im irakischen al-Qaim

White-House-Stabschef Andrew Card schreibt Woodward die Erkenntnis zu, dass Iraks Fahrrad gar keine Pedale hätte.

Die Alarmzeichen wurden konkreter: Der Nato-Oberbefehlshaber James Jones sagte seinem Generalskollegen Peter Pace, Washington drohe im Irak „ein Debakel“.

Für Beobachter innerhalb und außerhalb der Regierung war klar, dass Verteidigungsminister Rumsfeld als Hauptverantwortlicher für die Fehlplanungen im Irak die Konsequenzen tragen und gehen sollte. Card forderte es, Rice befürwortete es ebenso wie der für den Nahen Osten zuständige General John Abizaid, selbst First Lady Laura Bush votierte laut Woodward für die Entlassung Rumsfelds – der könne ihrem Mann nur schaden. Aber der Präsident hielt am Pentagon-Chef fest. Stattdessen schied sein Gegenspieler Card aus White-House-Diensten.

George W. Bush schottete sich weiter ab, entwickelte eine geradezu vorsätzliche Blindheit. Nicht seinem Vater eiferte er nach, dem abwägenden Realpolitiker, der wegen des Irak-Feldzugs seines Sohnes „nicht schlafen kann“, wie Barbara Bush einem Freund gegenüber bekannte. George W. wollte sein wie Ronald Reagan, der in einer Sternstunde Mauern einriss und sich ansonsten seine eigene Welt aus Filmbildern erträumte, bis sie sich mit der Realität zur Unkenntlichkeit vermischten.

Von den in Särgen heimkehrenden US-Soldaten wurde der Präsident ferngehalten wie die gesamte amerikanische Öffentlichkeit. Aber ab und zu besuchte George W. Bush Schwerverwundete, wie am diesjährigen Neujahrstag in einem Militärhospital im texanischen San Antonio. Auch bei einer solchen Gelegenheit zeigte der Präsident, wie sehr er in seiner eigenen Welt lebt.

Er traf dabei nach Woodwards Recherchen einen jungen Soldaten, dessen Haut zu 99 Prozent verbrannt war, und stand sprachlos etwa 30 Sekunden vor ihm. Dann setzte er sich und betete mit der Familie des Soldaten, dankte ihr für ihr Opfer.

Gleich danach sprach Bush mit einer Gruppe von Reportern. Er hatte einen kleinen Kratzer auf der Stirn, von der Arbeit auf seiner Ranch, und sagte: „Wie ihr wohl sehen könnt, habe ich mich selbst verletzt. Nicht hier im Krankenhaus, sondern bei Kampfhandlungen mit einer Zeder. Ich gewann am Ende. Die Zeder verpasste mir einen Schmiss.“ Ein Militärarzt fragte, ob er Erste Hilfe brauche, Bush verneinte und sagte laut Woodward: „Es ist mir bisher gelungen, größere Operationen zu vermeiden.“ Kurz darauf kam die Nachricht, dass der Soldat seinen Verletzungen erlegen sei.

Bush schwieg lange, angeblich schossen ihm Tränen in die Augen – seinen Gefühlen, wenn er sie denn hatte, Ausdruck zu geben, verpasste er. Und dann ging es schnell weiter, zum nächsten Termin, von der kleinen Trauer zur großen Politik.

„Rebellen und Terroristen bewahren ihre Fähigkeiten, das gegenwärtige Niveau der Gewalt (im Irak) aufrechtzuerhalten oder sogar zu steigern“, heißt es in einem weiteren von Woodward aufgespürten Geheimdossier, das im Mai dieses Jahres ans Weiße Haus ging. Das widersprach sowohl den optimistischen öffentlichen Einschätzungen des Vizepräsidenten Richard Cheney („Der Aufstand liegt in seinen letzten Zügen“) wie auch denen des Präsidenten. Der sagte weiter zuversichtlich in die Kameras, ein „Wendepunkt“ sei nun erreicht: „Die Kräfte des Terrors beginnen ihren langen Rückzug.“

Rumsfeld sieht das Hauptproblem in der mangelnden Koordination verschiedener Stellen in Washington. In einem von Woodward zitierten Geheim-Memo denkt er darüber nach, die Entscheidungsabläufe in der Administration von Grund auf umzukrempeln: „Das gegenwärtige System macht entschlossenes Regieren fast unmöglich.“

Während der Verteidigungsminister dann in einem Anfall von Realitätssinn eine



MARIO TAMA / GETTY IMAGES



THOMAS DALLAL

Uno-Sicherheitsrat

5. Februar 2003

„Dies sind keine Vermutungen. Die Fakten und Schlussfolgerungen basieren auf soliden Geheimdiensterkenntnissen."

Außenminister Colin Powell in New York

Dreiteilung des Irak erörtert – womöglich die einzige Chance, auf die Dauer einen extrem blutigen Bürgerkrieg zu verhindern –, richtet Bush seine Beruhigungsworte ausdrücklich auch an die Verbündeten. An seine arg zusammengeschrumpfte „Koalition der Willigen", die im Zweistromland auf verlorenem Posten kämpft.

Verbale Nebelkerzen, Schönfärberei, Durchhalteparolen: Es wird in nächster Zeit keinen Truppenabzug geben, wie ihn Bush immer wieder seinem Volk verspricht – so er denn nicht seine Gesamtstrategie aufgibt und eingesteht, dass der Krieg bereits verloren ist. Am 20. September – nach Redaktionsschluss des Woodward-Buchs – hat Amerikas höchstrangiger General im Nahen Osten seiner Regierung in Sachen Truppenreduzierung klar widersprochen: Mindestens 140 000 amerikanische Soldaten müssten bis weit ins nächste Jahr im Irak bleiben, die gesamte derzeitige Mannschaft; um die Lage im Westirak einigermaßen zu beruhigen, seien 20 000 Mann zusätzlich nötig und nochmals ebenso viele in Bagdad. Vietnam lässt grüßen.

Ein Präsident, der glaubt, was er sagt, und in seinem eigenen Fantasy-Reich lebt – Ruhe bitte, nur nicht stören? Ein Präsident, der wissentlich die Welt täuscht – wird schon keinem auffallen? Beide Vorstellungen über George W. Bush, den mächtigsten Mann der Welt, diesen Mann zwischen Lüge und Macht, lassen frösteln.

Der Präsident glaubt offensichtlich, dass die Vereinigten Staaten eine tiefe Bestimmung haben, den Rest der Welt nach ihrem Antlitz zu formen – mit Gott an der Seite. So hat er es bei seiner Rede zur zweiten Amtseinführung im Januar 2005 noch einmal für alle klargemacht. Er will, dass die „ungezähmten Feuer der Freiheit die dunkelsten Ecken der Menschheit erreichen". Ein Brandstifter mit gutem Gewissen, dem offenbar noch nicht aufgefallen ist, dass „unbezähmbar" auch „unbeherrschbar" heißt – mit allen negativen Folgen.

Der amerikanische Präsident sieht sich im entscheidenden historischen Kampf des 21. Jahrhunderts: Er betrachtet die gewaltbereiten Muslime, die „Islamo-Faschisten", wie das neue Lieblingswort der Konservativen heißt, als Nachfolger der Nazis und Kommunisten. Er will dieses Übel ausmerzen, ausschließlich mit militärischen Mitteln. Und Bush glaubt an den Sieg, an die Chance, auf der Welt einen großen – mindestens einen Reaganschen – Fußabdruck zu hinterlassen.

Seine historische Mission, hat er gerade Vertrauten erklärt, bestehe darin, das Fundament für den Erfolg in dieser großen Auseinandersetzung zu legen, die nach seiner Überzeugung noch Generationen andauern dürfte. „Es wird funktionieren, wenn wir nicht die Nerven verlieren."

Wie sehr George W. Bush diese historische Mission umtreibt, zeigt auch seine teilweise Neueinrichtung des Weißen Hauses: eine Gipsbüste von Winston Churchill, Ölbilder Abraham Lincolns und George Washingtons – die Abbildungen der Großen der Welt erschlagen sich geradezu.

Wenn Bush über Lincoln redet, sagen Freunde, meine er eigentlich sich selbst: „Junge, haben sie den schlecht behandelt, aber er hat getan, was er für richtig hielt." Churchill erscheint ihm „wie ein echter Texaner. Der hatte keine Angst vor Meinungsumfragen, marschierte voran und hinterließ eine bessere Welt". Zu Lebzeiten zu Unrecht scharf kritisiert, von den Historikern als wahrer Visionär erkannt – George W. Bush möchte da gern Parallelen zu seiner eigenen Präsidentschaft sehen.

Noch ist Bushs Präsidentschaft längst nicht vorbei, aber das Zwischenzeugnis ist niederschmetternd. Mindestens eine Dekade werde es dauern, bis die Nachfolger George W. Bushs schlimmste Fehler ausgebügelt hätten, vermutet das liberale Magazin „Atlantic Monthly".

Andere urteilen noch schärfer. „Der schlechteste Präsident aller Zeiten?", fragt die Zeitschrift „Rolling Stone" auf einer ihrer letzten Titelseiten – und überlässt Sean Wilentz, dem Direktor des Instituts für Amerika-Studien an der renommierten Princeton University, die Antwort. Der Historiker neigt dazu, die provozierende Frage zu bejahen – trotz starker Konkurrenz von solchen Versagern wie James Buchanan (1857 bis 1861), der die USA in den Sezessionskrieg schlittern ließ, Andrew Johnson (1865 bis 1869), der vom Parlament des Verfassungsbruchs angeklagt wurde, oder Herbert Hoover (1929 bis 1933), der ausgerechnet in den schlimmsten Zeiten der Weltwirtschaftskrise die staatliche Wohlfahrt abschaffen wollte.

Historiker Wilentz: „Sie alle haben wie Bush die Nation gespalten, erratisch regiert und das Volk ärmer gemacht. Doch Bush ist eine Seltenheit selbst unter diesen Präsidenten: Er ist nicht nur in fast jedem Politikbereich schlimm gestrauchelt, er hat

auch eine Schwäche gezeigt, die für die größten Versager im Weißen Haus charakterisch ist: ein unerschütterliches Festklammern an einer simplistischen Ideologie, die jedes Abweichen vom Dogma als Gotteslästerung betrachtet und so eine pragmatische Angleichung an wechselnde Realitäten verhindert."

Es hagelte wütende Proteste gegen diese Analyse, vor allem aus dem religiös-fundamentalistischen Lager der Republikaner, wo Bush immer noch glühende Bewunderer hat. Aber eines bleibt unbestreitbar: Amerika ist heute eine zweigeteilte Nation. Bush, der angetreten war, zum „großen Versöhner" zu werden, ist zum großen Spalter geworden.

Bob Woodwards „State of Denial", das jetzt so hohe Wellen in Washington schlägt, ist bei weitem nicht das Einzige, das derzeit die Fehler der Regierung plastisch vor Augen führt. Die Schwerpunkte sind unterschiedlich: Für Professor Michael Mandelletristik und Sachbuch auf diesem Stockwerk, alles für Kinder oben. Das gesamte Untergeschoss ist dem Bush-Fiasko-Sortiment vorbehalten."

Der Star-Kolumnist kann sich kaum vorstellen, dass die Regierungsmannschaft für ihre Fehler vom Wähler nicht abgestraft wird: „Wenn die damit davonkommen, werden die USA aussehen wie eine Bananenrepublik." Er wünscht sich eine „Schockbehandlung" für das Bush-Team.

Aber wird es so kommen? Was Friedman und Freunde verschweigen: Es gibt auch eine schnellanwachsende Zahl von Büchern, in denen das konservative Amerika die Bush-Kritiker zu vaterlandslosen Gesellen stempelt, weil sie „unsere Soldaten im Stich lassen". Aus den Anhängern der Demokratischen Partei werden bei diesen Autoren „Defeatocrats", Verlierer, die weinerlich davonrennen, wenn es Amerikas Werte zu verteidigen gilt und es in der Küche eben mal heiß wird.



AP

Folter in Abu Ghureib: *Schmach für Amerika*

baum („The Case for Goliath") lügt sich die amerikanische Öffentlichkeit auch in Sachen Haushaltsdefizit, Gesundheitswesen, Energieabhängigkeit in die eigene Tasche. Für den Kolumnisten Frank Rich, derzeit oben auf amerikanischen Sachbuch-Bestsellerlisten, hat die Bush-Regierung mit ihren Täuschungen der Öffentlichkeit sogar schon die demokratischen Grundmuster der USA verraten („The greatest story ever sold").

Doch ob „The One Percent Doctrine", „Hubris" oder „Fiasco" – keines der Bücher kommt ohne eine vernichtende Beurteilung des amerikanischen Irak-Abenteuers aus.

„Die Welt hasst George W. Bush mehr als jeden anderen Präsidenten, seit ich auf der Welt bin – er ist gefangen in seinen eigenen ideologischen Überzeugungen. Das macht ihn geradezu radioaktiv", schreibt Thomas Friedman („Die Welt ist flach"), „New York Times"-Kolumnist und früherer Befürworter des Irak-Kriegs. Er sieht die großen Buchläden in Zukunft neugestaltet: „Welcome to Barnes & Noble: Bel-

Der Sühnetermin für die Nation, für den Präsidenten ist keinen Monat mehr entfernt: Am 7. November stehen die wichtigen Wahlen an, alle 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses werden neu gewählt, dazu 33 der 100 Senatoren. Es könnte einen Erdrutschsieg für die Demokraten geben; schon traditionell wird die Partei des Amtsinhabers bei den „Midterm Elections" gebeutelt, werden die anderen als Gegengewicht gesucht. So war es 1995, als während Bill Clintons erster Amtszeit die Republikaner in beiden Häusern die Mehrheit bekamen.

Wahrscheinlich wäre die jetzige Wahl für die Demokraten schon gelaufen – wenn sie nur nicht so wären, wie diese Demokraten nun einmal dieser Tage sind: unentschlossen, mutlos, zerstritten.

Die einen waren für den Krieg, die anderen dagegen, die einen sind jetzt für den sofortigen Abzug der Truppen, die anderen eher für Verstärkung. Es fehlt die Projektionsfigur, das politische Großtalent, das heranwächst zum nächsten Präsidenten. Es gibt viele, die es werden wollen. John Kerry, Verlierer von 2004, arbeitet aufopfernd an seinem Comeback; der sich im Aufwind befindende Umweltaktivist Al Gore, Verlierer (oder Quasi-Gewinner) im Jahr 2000 – und dann natürlich Hillary Clinton, die so viele Kompromisse eingegangen ist, dass niemand mehr weiß, wofür sie steht.

Da Bush sich nach seiner zweiten Amtszeit zwangsweise aus dem Weißen Haus verabschieden muss und mit Senator John McCain ein passabler republikanischer Be-



RICK BOWMER / AP

Anti-Bush-Demonstranten (in Portland, Oregon): *„Amerikaner wollen nichts mit einem Imperium zu tun haben“*

werber zur Verfügung steht, könnten die Wähler – zukunftsgewandt – die Grand Old Party noch einmal mit einem Denkzettel davonkommen lassen.

Wenigstens scheinen die Demokraten diesmal nicht in den Fehler zu verfallen, sich über Bush lustig zu machen – nach Art des abgefallenen Ex-Republikaners Joe Scarborough, der bei seiner Talkshow im Sender MSNBC seine Gäste zehn Minuten lang über die Frage diskutieren ließ: „Ist Bush ein Idiot?“

Es wäre eine Falle, denn bisher haben die Wiederholungen merkwürdiger Bush-Sprüche („Ich weiß, dass Menschen und Fische friedlich koexistieren können“) eher zu einem Solidarisierungseffekt mit dem Präsidenten geführt. Dass er so oft stammelt, nach Worten ringt, nur selten die richtigen findet und gelegentlich unbekannte hervorbringt („they misunderestimated me“), nehmen die Wähler Bush noch am wenigsten übel. Auch unter ihnen hat nicht jeder das Zeug zum Rhetorikprofessor.

Wenn also vieles dafür spricht, dass die Demokraten es diesmal bei den Midterm-Wahlen schaffen, so wird es an den blutigen Fernsehbildern aus Bagdad liegen, wesentlich auch an Bob Woodwards Enthüllungen über die Lügen im Irak-Krieg. Und an einer schmutzigen Affäre, für die man George W. Bush persönlich nun wirklich nicht verantwortlich machen kann: Ein Sexskandal erschüttert die Nation und zieht täglich weitere Kreise.

Zum Selbstverständnis eines Republikaners gehört es fast zwangsläufig, dass er sich den Demokraten moralisch überlegen und als „Hüter der Werte“ fühlt. Demokraten, das sind diejenigen, die für eine Schwulenehe eintreten, Pornografie zulassen, vorehelichen Verkehr nicht als gotteslästerlich verurteilen. Demokraten gelten für den konservativen Teil Amerikas als Interessenvertreter dubioser Minderheiten, die womöglich nicht in die Kirche gehen und generell „unamerikanisch“ sind. Nach dem Fiasko im Irak ist die Moral so etwas wie die letzte Bastion der Republikaner – und die gefährdet jetzt ausgerechnet einer der Ihren.

Mark Foley, 52, heißt er und saß, bis er vor wenigen Tagen zurücktreten musste, über ein Jahrzehnt als ehrenwertes Mitglied im Kongress. Er war Vize-Vorsitzender des Parlamentsausschusses für missbrauchte Kinder. Jetzt kam heraus, dass er unter dem Pseudonym Maf54 pornografische E-Mails („Gut so, dass du geil wirst“) an minderjährige Schüler schickte, die in Washington ein Praktikum als „Pagen“ im Kongress absolvierten.

Foleys politische Karriere ist beendet, und er muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, aber in den Sog des Skandals sind längst auch andere geraten. Dennis Hastert etwa, republikanischer Spitzenpolitiker und bulliger Sprecher des Abgeordnetenhauses, wird mit massiven Rücktrittsforderungen auch aus konservativen Kreisen konfrontiert: Er soll wie andere führende Republikaner von den Ausschweifungen Foleys seit Ende 2005 gewusst und die Sache mit einem milden Verweis an den Parteifreund („Sei nicht überfreundlich“) vertuscht haben.

Natürlich hat sich George W. Bush von der unappetitlichen Geschichte distanziert, er sei „angewidert“ und „enttäuscht“ über den „Missbrauch von Vertrauen“. Normalerweise stürzen sich Politiker bei solchen Skandalen auf andere Politikfelder, in denen sie Erfolge vorzuweisen haben. Beispielsweise in die Wirtschaftspolitik. Da aber ist nur ein riesiger finanzieller Schlamassel zu entdecken.

Zum ersten Mal seit 90 Jahren, schreibt das „Wall Street Journal“, zahlen die USA ihren ausländischen Gläubigern mehr, als sie selbst für ihre Auslandsinvestitionen erhalten – was bedeutet, dass ein wachsender Anteil des erwirtschafteten Wohlstands künftig in den Schuldendienst fließen muss. Die zwangsläufige Konsequenz: Der Lebensstandard der Amerikaner wird sinken. Schon heute merken die Wähler, dass von den Steuergeschenken der Bush-Regierung nur die winzige Schicht der Superreichen profitiert.

Gern fliehen skandalgebeutelte Politiker auch in die Außenpolitik. In Zeiten

des verlorengehenden Irak-Kriegs bleibt George W. Bush auch dieser Ausweg nicht. So sehr die Amerikaner sich eine erfolgreiche Terrorabwehr wünschen, so wenig neigen sie wohl Bushs weltweitem „Krieg gegen den Terror“, seinen weltumspannenden Visionen zu.

Und dass die USA wegen Menschenrechtsverletzungen in Guantanamo und Abu Ghureib am internationalen Pranger stehen, dass sich Washington dem Internationalen Gerichtshof verschließt und auch beim Klimaschutz abseits steht, verärgert zunehmend viele Amerikaner. Noch nie, müssen sie zur Kenntnis nehmen, war das Ansehen der USA in der Welt so niedrig.

Ein Termin beim Führer der Weltmacht im Weißen Haus, das war vor wenigen Jahren noch die höchste denkbare Ehre. Heute sind es bevorzugt Potentaten mit zweifelhaftem Ruf, die sich um ein Tête-à-Tête nebst Foto-Gelegenheit bemühen.

Termine erhielten in letzter Zeit der aserbaidschanische Präsident Ilcham Alijew und sein kasachischer Amtskollege Nursultan Nasarbajew. Alijew wurde von seinem Vater als Vertreter eingesetzt und ließ sich in einer manipulierten Wahl im Amt bestätigen, gegen Nasarbajew ist in den USA sogar ein Korruptionsverfahren anhängig. Nicht gerade Musterbeispiele einer demokratischen Entwicklung, die Washington doch weltweit fördern will; aber beide sitzen auf enormen Erdölreserven.

„Amerikaner wollen nichts mit dem Aufbau eines Imperiums zu tun haben, das ist nicht ihre Art von Business“, schrieb schon im März 2003 David Remnick vom „New Yorker“. „Über kurz oder lang wird eine imperiale Vision im Mittleren Westen der USA nicht populärer sein als im Mittleren Osten.“

George W. Bush ist nicht der erste Verfechter eines wohlwollenden Imperialismus in der Geschichte seines Landes, manchen wurde er durch ausländische Aggression fast aufgezwungen. Aber es gab auch andere US-Politiker in der Geschichte, die vor einem solchen Kurs der unprovozierten Hegemonie gewarnt haben.

„Amerika zieht nicht in die Welt hinaus auf der Suche nach Monstern, die es zu zerstören gilt“, hat der spätere US-Präsident John Quincy Adams 1821 gesagt. Das würde die Nation in unverantwortliche Abenteuer stürzen, solche Feldzüge seien im Grunde antiamerikanisch. „All die Kriege, die Interessenkonflikte, die Intrigen, verbunden mit Habsucht, Neid und Ehrgeiz: Sie könnten Amerika zwar zur Diktatorin der Welt machen – aber die Nation würde ihre Seele verlieren.“

George W. Bush, der heutige Mann im Weißen Haus, der Texasboy mit seiner Vorliebe für Cowboystiefel und Apple Pie, der Inbegriff alles Amerikanischen – womöglich ein Antiamerikaner?

Erich Follath, Georg Mascolo, Gerhard Spörl